

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
B. Begriffsbestimmung der Doppelbelastung mit Einkommen- und Erbschaftsteuer	16
C. Fälle	18
I. Betriebsvermögen	18
II. Doppelbelastung des nicht entnommenen Gewinns im Sinne des § 34a Abs. 2 EStG	20
III. Einkünfte aus Kapitalvermögen	21
IV. Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften	23
V. Nachträgliche Einkünfte im Sinne des § 24 Nr. 2 Halbsatz 2 EStG	24
VI. Wiederkehrende Bezüge	25
VII. Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschaftern oder Dritten zur Gesellschaft	28
1. Grundsatz	28
2. Disquotale Leistungen zwischen Gesellschaftern	29
VIII. Scheinbare Doppelbelastungen	30
1. Unentgeltliche Zuwendungen an Personengesellschaften	30
2. Überhöhte Testamentsvollstreckervergütung	30
D. Allgemeine verfassungsrechtliche Vorgaben für die Besteuerung	32
I. Notwendigkeit der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung von Steuern	32
II. Rechtfertigung der Einkommen- und Erbschaftsteuer als Einzelsteuern	33
1. Rechtfertigung von Finanzzwecksteuern durch das Leistungsfähigkeitsprinzip	34
2. Inhalt des Leistungsfähigkeitsprinzips	35
3. Rechtfertigung der Einkommensteuer durch das Leistungsfähigkeitsprinzip	37
4. Rechtfertigung der Erbschaftsteuer durch das Leistungsfähigkeitsprinzip	37
E. Einkommensteuer und Erbschaftsteuer im Steuersystem	39
I. Subjektsteuerprinzip und Grundsatz der Individualbesteuerung – Steuersubjekt der Einkommen- und Erbschaftsteuer	39

I.	1. Einkommensteuer	39
	2. Erbschaftsteuer	40
	3. Zusammenfassung	40
II.	Der Einkommensbegriff – Steuerobjekt der Einkommensteuer	40
III.	Steuerobjekt der ErbStG	44
IV.	Schlussfolgerungen	46
	1. Betriebsvermögen	47
	a) § 45 Abs. 1 AO	48
	b) Einkommensteuerliche Regelungen	50
	c) Abweichende Zielrichtung der Gesamtrechtsnachfolge im Zivilrecht gegenüber der Zielrichtung des Einkommensteuergesetzes	50
	d) Unterschied zur Einzelrechtsnachfolge	52
	e) Notwendigkeit der Berücksichtigung der Verklammerung von Steuersubjekt und Steuerobjekt	53
	f) Historische Auslegung	55
	g) Schlussfolgerungen	55
	h) § 6 Abs. 5 Satz 3 EStG	57
	2. Einkünfte aus Kapitalvermögen	58
	3. Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften	62
	4. Nachträgliche Einkünfte im Sinne des § 24 Nr. 2 Halbsatz 2 EStG	64
	5. Wiederkehrende Bezüge	69
V.	Ergebnis	71
F.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Doppelbelastung eines Vermögenszuganges mit Erbschaft- und Einkommensteuer	75
I.	Grundsatz der Belastungsgleichheit (Art. 3 Abs. 1 GG)	75
	1. Systemgerechtigkeit der Doppelbelastung	75
	a) Verstoß gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip	79
	aa) Unterschiedliche Gesamtbelastung trotz gleicher Leistungsfähigkeit	79
	bb) Rechtfertigungsmöglichkeit	81
	(1) Allgemeine Rechtfertigung der Doppelbelastung mit der unterbliebenen einkommensteuerlichen Erfassung beim Rechtsvorländer	82
	(2) Rechtfertigungsmöglichkeit im Rahmen des unentgeltlichen Betriebsvermögensübergangs	83
	(3) Rechtfertigungsmöglichkeit bei privaten Einkünften	84
	2. Zwischenergebnis	86

II.	Vereinbarkeit der Doppelbelastung mit der Eigentumsgarantie (Art. 14 GG)	86
1.	Eingriff in den Schutzbereich der Eigentumsgarantie durch die Einkommensbesteuerung	86
2.	Eingriff in die Eigentumsfreiheit des Erwerbers durch die Erbschaftsbesteuerung	91
a)	Erbschaftsteuer	92
aa)	Die Testierfreiheit des Erblassers als zentrales Element der Erbrechtsgarantie	92
bb)	Einbeziehung des Erwerbers in den Schutzbereich der Erbrechtsgarantie zur Sicherung des Erwerbsvorganges von Todes wegen	92
cc)	Erbschaftsteuer als Steuer auf das neu hinzuerworbene Eigentum	93
b)	Schenkungsteuer als Steuer auf das neu hinzuerworbene Eigentum	94
c)	Zwischenergebnis	94
3.	Doppelbelastung eines Vermögenszuganges mit Einkommen- und Erbschaftsteuer als Eingriff in dieselbe Eigentumsposition	95
4.	Gesetzesvorbehalt	98
5.	Quantitative Begrenzung des Steuereingriffs – insbesondere der Halbteilungsgrundsatz	99
6.	Verstoß gegen die Eigentumsgarantie	101
G.	Lösungsmöglichkeiten	103
I.	De lege lata	103
1.	§ 35b EStG	103
2.	§ 10 Nr. 1a EStG – § 23 ErbStG	107
a)	Alte Rechtslage	107
b)	Geltende Rechtslage	108
3.	§ 10 Abs. 5 ErbStG	109
a)	Der Lösungsansatz	109
b)	Einkommensteuerschulden des Erblassers	110
c)	Schlussfolgerung	112
4.	Werbungskosten- bzw. Betriebsausgabenabzug	113
5.	Wertermittlung	117
a)	Die latente Einkommensteuerschuld als aufschiebend bedingte Last im Sinne des § 6 BewG	117
b)	Wertermittlung des Substanzerwerbs als Ausdruck individueller Leistungsfähigkeit	118
aa)	Grundgedanke	118

bb) (Daraus gezogene) Schlussfolgerungen	120
cc) Unterschied zur Korrektur im Rahmen der Bemessungsgrundlage	121
dd) § 9 Abs. 2 Satz 3 BewG als diesem Lösungsansatz entgegenstehende Norm?	123
II. De lege ferenda	125
1. Abschaffung der Erbschaft- bzw. Einkommensteuer	125
2. Integration der Erbschaftsteuer in die Einkommensteuer	126
3. Wertaufstockung auf den gemeinen Wert zum Zeitpunkt der unentgeltlichen Übertragung – klare Abstimmung der beiden Steuergegenstände	130
a) Auswirkung im Betriebsvermögen	131
b) Auswirkung auf steuerverstrickte Wirtschaftsgüter im Privatvermögen ..	132
c) Stundungs- und Tarifbegünstigung zur Milderung des zeitnahen Anfalls von Einkommen- und Erbschaftsteuer	134
d) Abstimmung der Steuergegenstände bei nachträglichen Einkünften und wiederkehrenden Bezügen	135
aa) Einmalige Vermögenszuflüsse im Sinne des § 24 Nr. 2 Halbsatz 2 EStG	135
bb) Wiederkehrende Bezüge – Trennung in Kapital- und Ertragsanteil	136
4. Abzug der Erbschaftsteuer von der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer	137
5. Berücksichtigung der latenten Einkommensteuer im Rahmen der Wertermittlung	138
6. Abschließende Würdigung der Lösungsansätze	139
H. Ausblick	142
I. Zusammenfassung in Thesen	145
Literaturverzeichnis	149
Sachverzeichnis	166